

# Roten Kampf

Kommunistisches Organ für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Roten Kampf“ erscheint jeden Sonntag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat März 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Redak- und Druck-Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, c/o H. B. Halle, Verdenstraße 14.

Herausgeber: Richard Schmeiter

Abzugspreis: 3 Goldmark 1. d. W. Müllerstraße 10. d. Spalte; 3 Goldmark 1. d. W. Müllerstraße 10. d. Spalte. Postkonto: Commers u. Pissard-Bank, Halle. Verlagsnummer: Leipzig 1068 48. 4. St. St. St.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag, den 3. März 1924

4. Jahrgang • Nr. 2

## Ich bin, ich war, ich werde sein!

Arbeiter, Parteigenossen!

Beinahe fünf Monate war die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Länger als fünf Monate herrschte in Deutschland die Diktatur der Bonaparte und Wahlsingengehe. Heute ist der militärische Belagerungsstand gefallen. Die Kommunistische Partei tritt wieder offen aus ihrer Illegalität hervor. Wieder lallert ihre rote Fahne den Kampfparolen der Arbeiterklasse voran, erschallt ihre Stimme laut und ungehemmt in allen Betrieben, in allen Arbeitervereinigungen, auf allen Plätzen und Gassen.

Die Bourgeoisie glaubte durch die Übertragung der Macht an die Weissen Generale das revolutionäre Proletariat niederwerfen und vernichten, die Kommunistische Partei vernichten, die Stimme der Empörung auslöschen zu können. Die Tatsache, daß heute General Sedt von seinem Amte als Diktator zurücktritt und daß zur selben Stunde die Kommunistische Partei Arbeiter und Landarbeiter als vorher in die Arena tritt, beweist, daß das Regime der Bonaparte und Wahlsingengehe bankrott gemacht hat. Die elementare Klassenbewegung im deutschen Proletariat kann nicht erstickt werden in dem Blut und den Tränen niedergeborenen Proletariats. Nur um so stärker haßt sich die Kraft der Arbeiter, nur um so unerschütterlicher wirft der Haß gegen das System der Ausbeutung, Lohnsklaverei und Herrenmilitär.

Genossen! Die Aufhebung des militärischen Belagerungsstandes bedeutet noch keineswegs die Beseitigung der kapitalistischen Diktatur.

Die a theokratischen Vollmachten, die der Reichspräsident der bürgerlichen Republik, der Sozialdemokrat Ebert, dem Reichsmilitär der Inneren Truppen übertragen hat, gehen in die Luft auf. Jede Partei hat eine neue Verbot der Kommunistischen Partei, die erneute Unterdrückung unserer Presse, eine neue Periode schwerer Verfolgung und Illegalität heraufbeschwören. Alle Vorbedingungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, alle Maßnahmen der bürgerlichen Klassenjustiz bleiben bestehen. Der Reichsausschuss der revolutionären Betriebsräte und die proletarischen Sonderorganisationen sind nach wie vor unterdrückt. Die unerbittliche Offensive des Kapitals gegen die Grundrechte der Arbeiterklasse, gegen die nackte Existenz der wertvollen Massen wird unverhört fortgesetzt. Der Haß des militärischen Ausnahmezustandes bedeutet also keine Altpassivität für uns im Kampfe, keine Unterbrechung der Kampfbedingungen: was uns bevorsteht, ist verhängnisvoller Kampf, verhängnisvoller Verfolgung.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat zu zeigen, daß sie der Militärdiktatur zu trotzen vermag,

die hat Sedt und seine Reichswehr genau so zum Gespött gemacht, wie schon vorher die Weissen und Kaiser der politischen Polizei. Mit dem Fall des militärischen Belagerungsstandes und mit der Möglichkeit, wieder offen die Stimme zu erheben, sind unsere Aufgaben gewachsen, ist unsere Verantwortung vor dem deutschen und dem internationalen Proletariat vergrößert. Jetzt muß die Kommunistische Partei doppelt zeigen, daß sie es versteht, nicht nur das Sprachrohr der geeinigten und erhellten Massen zu sein, sondern auch die Organisatorin, Auslöserin und Führerin aller ihrer Kämpfe und Bewegungen. Jetzt muß die Kommunistische Partei doppelt dem Beweise erbringen, daß sie es versteht, den wirtschaftlichen Kampf der wertvollen Massen in Stadt und Land zu verbinden mit dem politischen Kampf um die Macht, daß sie es versteht, alle die kleinen, lokalen und städtischen Kämpfe zusammenzuführen zu dem einen großen politischen Ringen, das nur enden kann in der

### 200 Kommunisten verhaftet

(R.F.) Jena, 3. März.  
Am den vom Jungtum für gestern geplanten Deutschen Tag zu führen, hatte die Kommunistische Partei erhebliche Kräfte hierher gezogen. Die Landespolizei mußte vielfach im Hause des Sonntags die Parteilichen kommunistischen Demonstrationen und Umzüge zerstreuen. Es wurden über 200 Personen aus dem kommunistischen Lager wegen Überhandnehmens gegen die Staatsgewalt verhaftet, darunter auch zwei kommunistische Landtagsabgeordnete. Der Festung des Jungtums konnte programmgemäß durchgeführt werden. Am Mittertag war die Ruhe überall wieder hergestellt.

Der Jungtum kann feste feiern und demonstrieren, die Kommunisten werden verhaftet. General Halle, der jetzt, nachdem er verhaftet hat, aus Thüringen verschwinden muß, weiß, was er den Soldaten schuldig ist. So steht die Freiheit der Ebert-Republik aus.

### Unter dem Schutze der Polizei demoliert und ausgeplündert

Standalße Vermählungen in kommunistischen Parteibureaus — Schuttpolizisten als Täter

(R.F.) Berlin, 1. März.  
Die bisher beschlagnahmte gemauerte Bureauräume der Zentrale der Kommunistischen Partei, Rosenstraße 38, sowie die gleichfalls beschlagnahmte gemauerte Nebenräume der „Koten Zohne“ und der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ im Hause der Friedrichsstraße-Druckerei wurden heute den Eigen-

Niederwerfung der kapitalistischen Herrschaft, in der Entzweiung der Arbeiter und in der Aufzucht des proletarischen Diktatur. In diesem Kampfe muß das Proletariat zunächst einen gefährlichen inneren Feind besiegen, der zwar die Wäse des Arbeiterfreundes trägt, in Wahrheit aber ein Soldat der Bourgeoisie ist. Die Sozialdemokratie ist immer noch eine Massenpartei, der Millionen Proletariat, Angehörige, Keiner Beweise, ländlicher und städtischer Mittelständler nachlaufen. Sie steht als eine hohe Barriere zwischen dem Proletariat und seiner Befreiung. Zwar ist sie schon schwer erschüttert, zwar sind ihre Reihen geschnitten um fast die Hälfte, zwar hat die „verbotene“ Kommunistische Partei ihr Väterrecht fast schon erreicht, aber noch verbleibt diese Partei es, breite Massen von der Vertreibung ihrer Lebensstätten zurückzuführen, verbleibt sie den Geist der Parteilichkeit und der ohnmächtigen Resignation zu verbreiten.

In allen Kämpfen des Proletariats für den Achtstundentag, gegen Lohnabbau, Zwangsarbeit, Weissen Terror ist sie den Kämpfenden in den Rücken gefallen.

Sie ist es, die aus den Gemerkschaften ein Organ zur Sabotage des Abwehrkampfes gemacht hat. Sie hat dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und dem Belagerungsstand; sie duldet die Unterdrückung der revolutionären Organisationen und Organe, sie hilft aktiv der Gegenrevolution.

Die Loslösung der Massen aus der geistigen und organisatorischen Herrschaft der Sozialdemokratie ist deshalb eine unserer wichtigsten Aufgaben. Und wir werden diese Aufgabe nur lösen, wenn wir nicht bloß in den Tageskämpfen und Teilkämpfen das Vertrauen der Massen erwerben, sondern auch gleichzeitig den Weg zeigen, der aus dieser kapitalistischen Unordnung, aus der Verachtung hinausführt, den Weg der besten gemerkschaftlichen Organisation zur Entzweiung der großen Kapitalisten, zur Aufzucht des proletarischen Diktatur.

Die Kommunistische Partei läßt sich weder einschüchtern durch Gewalt noch forumpieren mit demotischen Süßigkeiten.

Sie schreitet dem Proletariat voraus, den Weg anzeigend auf ihr Ziel gerichtet, ihrer Pflicht bewußt, immer in den Massen zu stehen, immer mit den Massen zu kämpfen und immer die Massen zu führen. In der Illegalität wie in der Legalität, verboten wie genehmigt — die Kommunistische Partei Deutschlands bleibt die Eckstein der bürgerlichen Ordnung, bleibt Anwalt und Vorkämpfer aller Entbehrten und Schallenden. Ihr Kampf ist der alte wie am ersten Tag:

Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!  
Nieder mit dem Ausnahmezustand gegen das Proletariat!

Es lebe die proletarische Abwehrfront gegen die Kapitalsoffensive!

Es lebe der revolutionäre Kampf um die Befreiung des Proletariats!

Es lebe die proletarische Diktatur!

tiemern wieder übergeben. Und zwar in einem Zustande, der die Vermutung aufkommen läßt, daß in ihnen während der letzten Wochen statt der Schuppmanntaschen Bandolen gehaßt haben. Sämtliche Behältnisse, Schreibstühle usw. waren erschossen und ihres Inhaltes beraubt. Verschiedene Zimmer konnten wegen den aus Regalen und Schränken gestiegenen und auf dem Boden verstreuten Akten- und Papiermengen überhaupt nicht betreten werden. Türöffnungen waren eingeschlagen, etwa noch verschlossene gewinkelte Türen mit Dietrichen geöffnet, und zwar so, daß die Dietriche abgehoben und die Schloßer unbrauchbar geworden sind. Alle Gegenstände, die nur irgendwenn Wert hatten, sind von den jetzt noch unbekannten Tätern geklaut worden. Sogar Bekleidungsstücke hat man von den Wänden gerissen und weggeschafft. Wertvolle Literatur ist aus den Bücherregalen entfernt und liegt mutwillig zerstreut umher. Der Geldschrank der Friedrichsstraße-Druckerei weist große Hohlräume auf. Wenn er den gewaltigen Sprengungsversuchen auch nicht nachgegeben hat, dürfte er doch als Geldschrank für die Zukunft unbrauchbar geworden sein.

Weber den vorgedachten Zustand der Räumlichkeiten wurde ein Protokoll aufgenommen und sofort bei der Kriminalpolizei Anzeige erstattet. Die Untersuchung wird sich in erster Linie auf die Kreise der Schutzpolizei erstrecken, die in der fraglichen Zeit die Räume überwacht haben, so daß andere Personen als Täter überhaupt nicht in Frage kommen. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat der Polizei Zeugen namhaft gemacht, die aus dem Vorderhaus des Hauses Rosenstraße 38 beobachtet haben, wie die in den Parteibureaus funktionierenden Schutzpolizisten abends in den Teil der Socken machten. Vollkommen ausgerückt wurden auch die Bürde der im Keller dieses Hauses gelegenen Küche. Die Kriminalpolizei hat eine eingehende Untersuchung nach den Tätern eingeleitet und ein tüchtigstes Vorgehen zugesagt.

## Der Raub des Achtstundentages und die Frauen!

Am Internationalen Frauentag 1924 stehen wir in Deutschland in heftigen Kämpfen um den achtstündigen Arbeitstag. Durch Verordnung vom 1. Dezember 1923 ist die Überforderung der achtstündigen Arbeitszeit gesetzlich genehmigt worden. Damit ist eine der wichtigsten Errungenschaften der November-Revolution gefallen und die Arbeiterkraft ist wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgeworfen worden. Der Ansturm des deutschen Proletariats hat nie ausgereicht, um den Achtstundentag gesetzlich festzusetzen. Die gesetzliche Regelung beschränkte sich auf eine Verordnung des De-mobilisierungskommissars vom 25. November 1918 und durch die Annahme dieser Verordnung durch die Arbeitsgemeinschaft. Als im Jahre 1921 ein Entwurf zu einem Gesetz über den Achtstundentag eingebracht wurde, da waren die Widerstände bereits so groß, daß der Entwurf niemals als Gesetz das Licht der Welt erblickte. Im Gegenteil: trotz der großspürigen Erklärung Weissen, daß der Achtstundentag, solange es sozialistische Minister gäbe, nicht angefaßt werden würde, ist heute die Aufhebung des Achtstundentages unter der Reichspräsidentenkanzlei bereits gesetzlich durchgeführt.

Der Achtstundentag in Deutschland ist zum Trödel der Unternehmerricht und der Gemerkschaftsbureauratie nie „schematisch“, d. h. tatsächlich durchgeführt worden. Das weibliche wie das männliche Landarbeiter-Proletariat kamte z. B. seine Vorteile nur vier Monate hindurch. Vier Monate lang mußte es zehn Stunden, vier weitere Monate sogar elf Stunden täglich arbeiten. In vielen anderen Berufszweigen waren Überstunden gesetzlich gestattet und mußten nur besonders vergütet werden.

Mit dem Zurückweichen des Proletariats wuchs aber die Zahl der gesetzlich zugelassenen Überstunden immer mehr. Im Jahre 1921 schon machten 150 000 männliche, 82 000 weibliche und 5000 jugendliche gewerbliche Arbeiter gesetzlich genehmigte Überstunden geltend. Die meisten Überstunden ohne gesetzliche Genehmigung geleistet werden, ist selbstverständlich nicht zu erahnen. Von 7708 Unternehmern ertrugen, wurden nur 1921 Genehmigung von 1 bis 2 1/2 Überstunden forderten, wurden nur 297 Anträge abgelehnt. In zahlreichen Gewerben waren Überstunden bereits gesetzlich genehmigt, und zwar gerade in den Gewerben, wo die Frauensarbeit eine große Rolle spielt. So betrug im Gast- u. Wirtsgewerbe die „Arbeitsbereitschaft“, wie das schöne Wort heißt, schon längst 10 bis 12 Stunden. Überstunden im Bankgewerbe und den Versicherungswesen waren immer schon üblich und die zahllosen Verordnungen des Demobilisierungskommissars in den verschiedensten Branchen der verschiedensten Orte Deutschlands berichten, daß der Achtstundentag bald von allen Seiten durchbrochen wurde.

Zwei Beispiele seien angeführt: In Presta u. für vierzehn Strohhutfabriken die Nachtarbeit für Frauen bewilligt, daselbst gelang es in Gegenwart der Arbeiterinnen, die politische Diktatur das Elend der unbegrenzten Arbeitskraft einzuführen. Auch in dieser Beziehung soll es noch schlechter werden als es im „Triben“ war.

Allerdings ist in der Verordnung über Verlängerung der Arbeitszeit der schwächeren Frauen besonders gedacht. Auf ihren Wunsch sollen sie während der Schwangerschaft und Stillzeit tunlichst von den Achtstundentag überforderten Arbeit befreit werden. Daß in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit die meisten Frauen diesen Wunsch „tunlichst“ unterdrücken werden, ist klar.

Schon jetzt wird berichtet, daß Frauen bis zur letzten Stunde bei Schuldlohn im Betrieb stehen, daß sie sogar im Fabrikraum entbinden und nach zwei bis drei Tagen wieder zur Arbeit zurückkehren, aus Angst vor Entlassung.

Aber nicht nur für die schwächeren Frauen, sondern für das gesamte Proletariat, insbesondere für das weibliche Proletariat, ist die Aufhebung des Achtstundentages eine furchtbare Gefahr! Im Frieden schufteten Arbeiter auch 10 bis 12 Stunden, aber sie erhielten wenigstens einigermassen ausreichende Nahrung. Jetzt jedoch, wo der Nahrungsmittelkonsum die Hälfte der Vorkriegszeit beträgt, bedeutet die verlängerte Arbeitszeit die Auslaugung der letzten Kraftstoffe zu Hunger und Frommen der Kapitalisten. Heute beträgt der Lohn des deutschen Arbeiters soviel wie die englische Arbeitslohnunterstützung.

Noch ärger sieht es mit der Entlohnung der Frauen aus. Die Annäherung zwischen Männer- und Frauenlöhnen die nach dem Kriege begann, schlägt nun bei jeder neuen Lohnverhandlung in größeren Abstand zwischen den beiden Gruppen um. Nach dem letzten Berliner Metallarbeiterstreik sanken die Löhne der Metallarbeiterinnen von 75 Prozent der Männerlöhne auf 60 Prozent.

In dieser Situation, bei der völligen Zerstörung der Gesundheit, bei veralteten Produktionsapparaten, wo es an den wichtigsten Sicherheitsvorrichtungen fehlt, muß die verlängerte Arbeitszeit verheerende Folgen zeitigen. Die Säuglingssterblichkeit, die bereits ein im kapitalistischen Staate bisher noch nicht bekanntes Maß erreicht hat, und der Geburtenrückgang



















